

Rundschau : Monatsschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **24 (1930)**

Heft 1

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Waren es aber nicht eben diese „gegenwärtigen Verhältnisse“, die jeweils zur Katastrophe führten und eines Tages wieder zur Katastrophe führen werden, und muss nicht gerade um dieser gegenwärtigen Verhältnisse willen und gegen diese gegenwärtigen Verhältnisse der Kampf geführt werden, statt dass wir uns von ihnen die verhängnisvollen Notwendigkeiten auferlegen lassen? Wenn darum die Kirche überhaupt reden will zu dieser Frage — mit der wohl schliesslich das Schicksal Europas entschieden wird! — dann darf es nicht geschehen in der Orientierung an den gegenwärtigen Verhältnissen, sondern vielmehr im Glauben an Gottes Verheissung und im Gehorsam gegen Gottes Forderung! Denn die Kirche soll sich nicht einfach beugen vor den gegenwärtigen Verhältnissen, in geschickter Anpassung an die Mächte und Gewalten dieser Welt, sondern sie soll über diese Verhältnisse h i n a u s weisen und aus denselben h e r a u s führen!

Darum — so schmerzlich mir diese Bescheidung der Kirche gegenüber der grossen Frage der militärischen Rüstung oder Abrüstung ist — ich muss festhalten an unserer Motion, die, ohne die grundsätzliche Frage der Abrüstung aufzurollen, dafür einsteht, dass die schweizerischen Militärgerichte in Anwendung der gesetzlichen Möglichkeiten gegenüber Dienstverweigerern aus Glaubens- und Gewissensgründen die Strafe mildern und insbesondere von der entehrenden Nebenstrafe der Einstellung im Aktivbürgerrecht Umgang nehmen.

R. L e j e u n e.



Rundschau



Monatsschau.

Das neue Jahr hat nicht mit neuen geschichtlichen Themen eingesetzt — was ja auch zu viel erwartet wäre, da sich die Geschichte nicht an den Kalender hält. Die Geschichte hat auch keine Ferien gemacht; hart an Weihnachten und Jahreswende heran drängten sich wichtige Geschäfte und Ereignisse. In ihnen spiegeln sich sehr deutlich die charakteristischen Probleme der Zeit. Sie treten immer klarer hervor.

In bezug auf

1. Das Weltpolitische

ist für Leute unseres Schlages vor allem das indische Problem auf eine zum Nachdenken auffordernde, ja beunruhigende Art hervorgetreten. Ich denke an den Beschluss des allindischen Kongresses, das englische Anerbieten einer Runde-Tisch-Besprechung (Round-Table-Conference) zur Erörterung der Massregeln, die für die Vorbereitung des dominion status notwendig wären, ablehnend zu beantworten und die sofortige und völlige Unabhängigkeit Indiens zu verlangen, zu deren Durchsetzung die bekannten von Gandhi geschaffenen Kampfmethoden der Civil disobedience (des „bürgerlichen Ungehorsams“): Steuerverweigerung, Nichtbeteiligung an den von den Engländern eingesetzten Behörden und den von ihnen geleiteten Schulen, und dazu der verschärfte Boykott der englischen Waren anzuwenden wären.

Was uns Andern daran auffallen und beunruhigen musste, war der Umstand, dass G a n d h i diese Haltung zu billigen schien und bloss die Gewaltlosigkeit des Vorgehens forderte, die er auch nur mit genauer Not (einer Stimme Mehrheit) beschliessen lassen konnte. Auffallend und beunruhigend war für die Nicht-Doktrinäre unter seinen Freunden, dass Gandhi entgegen seiner sonstigen Art und doch wohl auch entgegen dem Sinn der Gewaltlosigkeit ein so rücksichtsloses, jede Verhandlung ablehnendes Verhalten billige. Ein solcher rein formaler Radikalismus passte doch nicht zu einem Mann von seiner Höhe des Standortes. Es ist ja auch klar, dass die Forderung der absoluten Unabhängigkeit Indiens eine Aufforderung an England bedeutet, sein Weltreich einfach aufzulösen. Viele von uns würden darin weder für Indien, noch für die übrige Welt einen Gewinn erblicken. Indien käme dadurch auf eine falsche Bahn: innere Zerrissenheit und eine baldige Abhängigkeit vom Spiel der weltpolitischen Mächte, die schlimmer wäre als die von England, könnte leicht die erste Frucht sein. Was die Weltlage überhaupt betrifft, so geriete damit das gewaltige Problem der Neugestaltung des Verhältnisses von „Osten“ und „Westen“ auf die Linie gewaltsamer Auseinandersetzung, die zum Abgrund führen müsste. Gandhis Verhalten schien also der politischen Weisheit zu entbehren, die man von einem solchen Mann verlangen muss. Es ist dabei nicht zu vergessen, dass das Dominionverhältnis, wie es zwischen England auf der einen und Kanada, Irland, Australien und Neuseeland auf der andern Seite besteht, eines der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage völliger Autonomie der einzelnen Glieder des Reiches ist, also eines, das allen berechtigten Ansprüchen auf freie Bewegung völlig zu genügen scheint. Auf der andern Seite aber meinen wir, absolute Unabhängigkeit sei keine Losung, die in Gandhis Mund passe. Sie ist mit Nationalismus verbunden und führt sehr leicht zum Militarismus weiter. Nicht eine solche götzenhafte Souveränität der Völker und Staaten, sondern deren Aufhebung durch übergreifende sittliche und religiöse Normen, in diesem Sinne also Cooperation und nicht Non-Cooperation, muss das Ziel sein.

Auf Grund solcher Ueberlegungen mussten wir uns fragen, ob vielleicht Gandhi eine Bewegung, deren Losungen er im Grunde nicht billige, etwa bloss zum Schein mitmache, um sie dadurch vor völliger Entgleisung und Entartung zu bewahren; doch schien uns das zwar eines reinen Politikers, nicht aber eines Mannes von der Grösse der Mission Gandhis würdig zu sein. Seine Lehre von der Non-Violence (der Gewaltlosigkeit) und der Ahimsa (dem Nichtmitmachen) beruht ja auf der Satyagraha, d. h. dem Glauben an die wunderbare Kraft der mit reinem Sinn und mit ganzer Seele vertretenen W a h r h e i t. Würde dieser Wahrheitskredit, der seine Person und Sache jetzt noch umgibt und ihr die gewaltige Kraft und Bedeutsamkeit verleiht, nicht aufs schwerste geschädigt, wenn auch er das Mittel des Scheins und des klugen politischen Kalküls benützte, so wie alle Andern auch tun? Jedenfalls war und ist noch immer Grund zur Beunruhigung. Es hängt viel an diesem Menschen. Ein äusseres und inneres Fiasko — vor allem ein inneres — seiner Sache, das auf dem Wege jener Beschlüsse uns als sicher erschiene, bedeutete eine der schwersten geistigen Katastrophen, welche die Geschichte bisher gesehen hat. Wir haben also Ursache, mit stärkster innerer Beteiligung der Entwicklung dieses Dramas zu folgen. Vorläufig erfährt man, dass Gandhi mit dem Vorgehen des allindischen Kongresses nicht einverstanden sei, womit jene Vermutung sich bestätigte, aber es bleibt die Frage, warum er denn äusserlich doch mitgemacht habe. Hoffen wir, dass wir eine Aufklärung bekommen, die dieser Gestalt nichts von ihrer Grösse und Reinheit raubt.¹⁾

¹⁾ Ein anderes, in die Vergangenheit zurückgreifendes Problem der Haltung Gandhis werden wir hoffentlich in Bälde einmal behandeln können.

Im übrigen ist in bezug auf das ganze indische Problem wohl die Frage erlaubt, ob über ihm nicht wieder einmal das tragische „Zu spät!“ ertöne. Schon in seiner früheren Regierungsperiode hat Labour nach der Meinung sehr urteilsfähiger Personen gerade Indien gegenüber durch eine allzusehr am bestehenden Zustand festhaltende Politik gefehlt, hätte sie nicht diesmal wenigstens den dominion status für einen ganz bestimmten und nahen Zeitpunkt fest versprechen sollen? Mit Sicherheit zu beantworten vermögen diese Frage nur genaue Kenner der ganzen Lage.

Jedenfalls hat in der Berichtszeit die Erhebung Asiens und Afrikas neue Fortschritte gemacht. China kündigt die Abschüttelung der Exterritorialität der Rechtsprechung an, d. h. des Rechtes der „Fremden“, sich in China nur solche Gerichte für sich anzuerkennen, die aus Weissen zusammengesetzt sind. Die Frage der Unabhängigkeit der philippinischen Inseln ist neuerdings lebendig geworden. Die Vorgänge auf Haiti stellen das gleiche Problem in bezug auf dieses Land. Aus Holländisch-Indien werden immer wieder starke revoltierende Bewegungen gemeldet. Aegypten hat ein rein nationalistisches Parlament gewählt. Nicht weniger gärt es im Irak. Und der Streit zwischen Arabern und Juden um Palästina ist offenbar noch lange nicht beruhigt. Nebenbei (und doch nicht bloss nebenbei!): Sollte es nicht dringend notwendig sein, die Vollstreckung der gefällten Todesurteile zu verhindern, und zwar gerade von der jüdischen Seite aus? Sie könnten sonst, so scheint es wenigstens von weitem, leicht eine Aussaat schweren Fluches werden.

Ueber dieses ganze Verhältnis von „Weissen“ und „Farbigen“, das nun so sehr in den Mittelpunkt der Menschheitsprobleme gerückt ist, hat unlängst Einer, der als Augenzeuge reden kann, Wilhelm Mensching, ein den Quäkern nahe stehender deutscher Pfarrer, ehemaliger Missionar in Afrika und Indien und Kriegsgefangener in letzterem Lande, in einem Vortrag, der den Titel trägt: „Religion, Rasse, Kolonien“, Hochbedeutsames gesagt, das sich keiner entgehen lassen sollte, dem diese Sache so recht am Herzen liegt.¹⁾ Diese kleine Schrift wiegt in ihrer ganzen erschütternden Schlichtheit und Unmittelbarkeit viele Bücher über das Thema auf, auch viele Theologien, wie er denn ein Fragezeichen zu unserer ganzen Theologie und unserem ganzen Christentum — nicht etwa zu Christus! — bedeutet. Man kann daraus viel vom Unterschied zwischen dem Christentum auf der einen und Jesus auf der andern Seite lernen.

Zwischen diesen Problemen und den Vorgängen im Haag besteht ein innerer Zusammenhang. Hier versucht das „Abendland“ sich aus der ungeheuren Katastrophe zu erheben, in welcher auch sein Kredit bei den „Morgenländern“ zusammengebrochen ist. Es geht sehr schwer. Zerstören ist eben leichter als Bauen. Für uns Andere bedeutsam ist an all dem Hin und Her dieser Verhandlungen zwischen Diplomaten, Juristen und Finanzleuten besonders Zweierlei. Einmal das Problem, ob und wie es möglich sei, durch mehr oder weniger zwangsmässige Mittel ein ganzes Schuldner-Volk, dem man zutraut, dass es eines Tages nicht mehr zahlen wolle, dazu anzuhalten — es scheint technisch doch nur sehr schwer möglich und moralisch-politisch vollends unmöglich zu sein —, sodann die beherrschende Rolle, welche immer mehr Finanzfragen in der Politik spielen.

Diese Erscheinung — die sich in der Internationalen Zahlungsbank ein recht eindrucksvolles Symbol schafft — tritt auch aus den letzten deutschen Entwicklungen als des Pudels Kern hervor. Hugenberg hat mit seinem mehr politischen Spiel so ziemlich Fiasko gemacht, sein „Volksbegehren“ ist endgültig und — wie mir scheint — kläglich gescheitert; dafür aber springt der Diktator in der Gestalt des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht aus der Welt des „Finanzkapitals“ hervor und

¹⁾ Sie ist im Quäker-Verlag, Berlin-Lübars, erschienen.

weiss sich durchzusetzen. Hilferding, der sozialistische Finanzminister, wird von ihm auf die Seite geschoben. Das ist durchaus typisch für die neue Lage und bleibt es, ob nun gerade Schacht sich behaupten könne oder nicht. Nicht die politisch-ideologischen, sondern die ökonomischen, vor allem die finanziellen Mächte sind es, die heute herrschen. Man sieht, wie wenig man dagegen mit blosser marxistischer Theorie, in der gerade Hilferding ja ein Meister ist, aufkommen kann. Dazu gehören andere Gedanken und andere „Kerle“! Der Kampf gegen diese Form der Finanzmacht muss eines der Hauptthemen des Sozialismus werden.¹⁾

Daneben ist klar, dass Europa, überhaupt das „Abendland“, eine neue Einheit suchen muss, um der Selbstvernichtung zu entgehen, die am Ende des jetzigen Weges steht. Ueber Paneuropa ist in der letzten Zeit in der Schweiz, besonders auf Veranlassung der Vorträge, die Coudenhove und Herriot bei uns gehalten, viel verhandelt worden. Es besteht ein zum Teil ziemlich heftiger Gegensatz zwischen den Anhängern des Völkerbundes und den Freuden Paneuropas. Dass in den Reihen der Ersteren auch einige geringwertige und unlautere Motive mitspielen, scheint mir sicher. Im übrigen aber glaube ich, dass zu einem Streit kein Anlass ist. Für mich bedeutet die Losung: Paneuropa einfach die Aufforderung zu einer europäischen Einigung innerhalb des Völkerbundes und in seinem Sinne. Ich denke mir diese Einigung durchaus föderalistisch. Dass Coudenhove zu viel „konstruiert“, haben wir ihm von Anfang an vorgehalten.

Inzwischen feiert der Völkerbund sein zehnjähriges „Jubiläum“. Nutzlos ist er sicher nicht gewesen. Die Welt ist ohne ihn nicht mehr zu denken.

2. Der Friedenskampf.

Es ist ein gutes Zeichen, dass es dem Chronisten schwer wird, die beiden Rubriken „Weltpolitik“ und „Friedensbewegung“ scharf zu scheiden, da die Weltpolitik heute so stark unter den Gesichtspunkt der „Befriedung“ gestellt ist und oft direkt in die Friedensbewegung übergeht. Das ist diesmal auf besonders sichtbare Weise der Fall. Denn soweit wir heute sehen können, wird die Weltpolitik im neuen Jahre sehr stark unter dem Zeichen der Abrüstungskonferenzen stehen. Es wird zuerst die Konferenz der Seemächte und später (hoffentlich!) die allgemeine Abrüstungskonferenz stattfinden. Leider lässt sich bis jetzt nicht sehen, inwiefern die erstere uns einen wirklichen Fortschritt bringen soll. Die Verminderung oder auch völlige Abschaffung der grossen Schlachtschiffe, die ohnehin infolge der Unterseeboote und der Luftwaffe zu einem allzu teuren Spielzeug geworden sind, bedeutet doch bloss eine Modernisierung der Flotten, eine Verlegung ihres Akzentes auf eine andere Waffengattung. Dazu vielleicht eine Verbilligung, die aber bloss ihren Fortbestand erleichterte. Unsere Hoffnung ist, soweit die Konferenzteilnehmer in Betracht kommen, dass wenigstens die Arbeiterregierung etwas Besseres im Auge habe. Im übrigen gilt unsere alte Losung: die Völker müssen erwachen, müssen aufgeweckt werden, dass sie diesem Treiben ein Ende machen. Darum müssen wir Andern uns rüsten, dass wir diesem Abrüstungs- oder besser: Nicht-Abrüstungskonferenzen der Regierungsmänner und Luft-, Land- und Wassermilitär eine wirkliche Abrüstungsbewegung der Völker zur Seite oder entgegensetzen, deren Druck vielleicht bis zu jenen Konferenzen reicht.

Für die Schweiz wird besonders notwendig sein, dass wir die Vierzigmillionen-Vorlage für den Schwindel unserer Militärfliegerei

¹⁾ Ich habe darum seinerzeit dringend, aber ohne Erfolg, gewünscht, dass es, neben den Problemen der Weltanschauung und Lebensgestaltung und dem der Demokratie und des Militarismus auf die Traktandenliste der Heppenheimer Konferenz gesetzt werde.

zum Ausgangspunkt eines grossen Protestes machen, der einen Vorstoss unseres ganzen Kampfes bedeuten sollte. Durchaus notwendig ist auch, dass wir den Kampf gegen die wahrhaft skandalöse Praxis besonders der zürcherischen Militärjustiz fortsetzen. Diese hat gegenüber zwei neuen Verweigerern: Alfred Bächler und Hans Fischli wieder den ganzen gemeinen und hassvollen Stil angewendet, den wir nun genugsam kennen. Die glänzende Verteidigung durch einen unserer besten Rechtsanwälte (Nationalrat Farbstein in Zürich), der auch den religiösen Sinn der Dienstverweigerung aus warmer Ueberzeugung eindringlich zur Geltung brachte (der Jude ist wieder einmal ein besserer „Christ“, als die offiziellen Vertreter des Christentums), konnte doch nicht verhindern, ja sie hat vielleicht noch dazu mitgeholfen, dass Bächler zu vier Monaten Gefängnis und zwei Jahren Verlust der „Ehrenrechte“ (ausser dem in den Augen der Richter höchsten unter ihnen: dem Militärdienst!), und Fischli zu drei Monaten Gefängnis und zwei Jahren Entzug jener Rechte verurteilt wurden. Auch Professor Hafters Intervention schlägt bei den Herren „Eugster, Pfenninger und Konsorten“ (um einmal in deren Sprache zu reden) offenbar nicht an. Nun, wir werden mit diesen Herren noch ein Wort reden! Es ist vor allem auf den Skandal hinzuweisen, dass diese Dienstverweigerer vor Menschen gestellt werden, die ihre „Richter“ heissen, in Wirklichkeit aber ihre wütenden Feinde sind. Das ist ungefähr das Gleiche, wie wenn man Streikende vor ein „Gericht“ von fanatischen Unternehmern oder umgekehrt Streikbrecher vor ein aus Kommunisten gebildetes stellen wollte. Da kommt denn schon ein kurioses „Recht“ heraus. Freuen wir uns darüber, dass doch das öffentliche Gewissen gegen diese Art von „Justiz“ sich immer deutlicher regt. Ein Beweis dafür ist auch ein Artikel, den der bekannte Vinesforscher und Professor der Theologie in Lausanne, Philipp Bridel, ausgerechnet in der rabenschwarz reaktionären „Gazette de Lausanne“ (Nr. 351) gegen eine jener argen Schreibern des Obersten Feyler veröffentlicht hat.

Besonders ins Auge fassen müssen wir auch die Militarisierung des schweizerischen Lebens, die immer konsequenter und systematischer betrieben wird, indem man bei allen möglichen Gelegenheiten den militärischen Gesichtspunkt als den wichtigsten geltend macht. Ein typisches Beispiel dafür ist, dass Dr. Brenner, von dessen Verurteilung im letzten Heft die Rede war, trotz ausgezeichneter Zeugnisse bei einer Anmeldung für eine Lehrstelle an der Kantonsschule in St. Gallen wegen seiner Dienstverweigerung abgewiesen wurde. Unsere Lehrer werden (wie unsere Pfarrer) zu „Beamten“ gemacht (was ganz ungehörig ist) und dann erklärt: „Wer dem Staat durch Verweigerung des Höchsten, was man diesem leisten kann, sein Recht nicht gibt, ist auch nicht würdig, ihm als Beamter zu dienen“, oder noch einfacher: „Wer die bürgerlichen Ehrenrechte verloren hat, darf auch nicht Beamter sein.“ Dieser Standpunkt ist Militarismus, nichts anderes. Dass man sich durchaus auch anders stellen kann, ohne die Verfassung zu verletzen, beweisen andere Beispiele.

In Frankreich erregt die Dienstverweigerung von Eugène Guillot, in Finnland die von Arndt Pekurinen grosses Aufsehen. Beide seien der Aufmerksamkeit unserer Freunde empfohlen.

Dass es mit den Flotten und Armeen abwärts geht, das heisst: dass der Geist der Menschen sich von ihnen abwendet, beweisen neben den bekannten Zersetzungserscheinungen in der französischen Armee die „Meutereien“ auf dem französischen Kriegsschiff „Waldeck-Rousseau“ und dem deutschen „Emden“. Möchte diese Revolte des Menschentums gegen den organisierten Völkermord immer mächtigere Formen annehmen und besonders auch in die Kriegswerkstätten aller Art eindringen!

Da die schlimmste Kriegswerkstätte in den Herzen der Menschen ist, so bedeutet es eine Tat von äusserster Werte für die Sache des Friedens,

wenn die unter katholischer Leitung stehende, in München erscheinende „Allgemeine Rundschau“ die in Belgien geschehenen furchtbaren Untaten des Kriegsdämons durch Dr. Mönnius mit vollster Rücksichtslosigkeit, tiefster Herzensteilnahme und ehrlichster Bussgesinnung dargestellt werden. Das ist eine Tat sittlicher Tapferkeit, die ihresgleichen sucht und eine unvergleichlich grössere Ehre und „Rehabilitation“ des deutschen Volkes bedeutet als alle Zeppelinflüge. Aufgefallen ist mir, dass nur katholische oder halbkatholische Zeitungen davon Notiz nahmen, und zwar auf zustimmende Weise. Sollte es mit einem Teil unseres Protestantismus so weit gekommen sein, dass er die Vertretung der Wahrheit und den Weckruf des Gewissens der katholischen Kirche überlässt? Dann dürfte die Stunde des endgültigen Gerichtes über ihn nicht mehr ferne sein.

Dieser ganze Kampf mit dem Drachen des Militarismus geht durch alle Völker. Besonders heftig tobt er in den Vereinigten Staaten. Dort wiederholt sich neuerdings der Fall der Frau Rosica Schwimmer auf einer noch schlimmeren Skala. Einer im Staat Ohio aufgewachsenen Quäkerin deutschen Ursprungs, Roland Webb, wurde die Aufnahme ins amerikanische Bürgerrecht verweigert, weil sie auf die Frage, ob sie (die Quäkerin!) auch bereit sei, allfällig für ihr neues Vaterland die Waffen zu ergreifen, dies verneinte. Es half ihr nichts, dass sie erklärte, allfällig als Krankenschwester in der Armee zu dienen. („Ich kann nicht töten, aber ich wäre bereit, mein Leben hinzugeben.“) Die neue Amerikanerin muss töten können und töten wollen. Der Herausgeber der „Unity“, der wir diese Notiz entnehmen (Nr. 15) fügt hinzu: „Es gibt heute Erfahrungen, vor denen wir uns fragen, ob die Welt im Begriffe ist, im Eiltempo zum Teufel zu gehen, und das ist eine Erfahrung dieser Art. Wenn ich glauben müsste, dass das Verhalten dieses Beamten wirklich Recht und Gesetz sei und die Billigung der amerikanischen Bürger fände, dann gestehe ich, dass ich für meine Person dieses Land verfluchen und trachten würde, seinen schändlichen Staub von meinen Füßen zu schütteln.“ Das ist nun doch auch ein Amerikaner!

Fügen wir noch hinzu, dass man endlich etwas genaueren Bericht über den Internationalen Friedenskongress bekommt, der Anfangs Oktober in Athen stattgefunden hat. Seine Tagung in Delphi gab ihm natürlich etwas sehr Dekoratives. Das wichtigste Traktandum war die Balkan-Föderation, die dringlich genug ist.¹⁾ Daneben beschäftigte den Kongress besonders noch der Kellogg-Pakt und das Minoritätenproblem. Die Reorganisation des Genfer Friedensbureaus (die sehr notwendig wäre) scheint trotz von Schönaichs kräftigem Appell nicht recht von der Stelle zu rücken.

An der Newyorker Tagung des „Institut de Droit international“ wurde versucht, die „internationalen Rechte des Menschen“, analog der berühmten amerikanisch-französischen Declaration des droits de l'homme (Rights of man) festzustellen. Auch ein Zeichen der Zeit!

Der schlimme Kampf in der deutschen Friedensbewegung hat nun mit der Ausschliessung von Fritz Röttcher, Kurt Hiller und Karl Schneider geendigt. Unter der energischen Führung des Generals (!) von Schönaich scheint sie sich rasch zu erholen.

Dass die Kommission für die Erteilung des Friedenspreises der Nobelstiftung auch im Jahre 1928 keinen geeigneten Menschen fand, dem nach ihrer Regel dieser Preis hätte zukommen müssen, ist bezeichnend für den Geist solcher verkalkten Institutionen. Gottlob, dass die besten Friedestifter sich damit begnügen, Söhne Gottes zu heissen. (Matth. 5, 9.)

¹⁾ Ein zwar unter kommunistischer Leitung stehendes, aber doch sehr gediegenes und gut orientierendes Blatt, das ganz dieser Sache dient, ist die in mehreren Sprachen erscheinende „Fédération Balcanique“. (Wien IX, Alserstrasse 50.)

3. Soziales und Sozialistisches.

Der soziale Kampf im engeren Sinn des Wortes tut sich in tausend Formen kund. Besonders symptomatisch sind die öfters blutig verlaufenden Unruhen, die aus der Arbeitslosigkeit entstehen. Solche werden z. B. aus Frankfurt a. Main, Berlin, Chemnitz gemeldet. Sie gehen neben den Weihnachts- und Neujahrsorgien der „Spitzen“ der Gesellschaft her, von denen uns berichtet wird. Man zählt in Deutschland gegenwärtig 2½ Millionen, in England 2 Millionen, in den Vereinigten Staaten 6 Millionen, in Oesterreich 300,000 Arbeitslose und in den andern Ländern entsprechende Massen. Die Schweiz bildet, mit einigen andern Ländern, eine günstige Ausnahme.¹⁾ Diese Arbeitslosigkeit ist zum guten Teil eine Folge der Rationalisierung. In Deutschland bildet das Problem der Unterstützung der Arbeitslosen einen Zankapfel zwischen den Parteien. In England versucht man ihm besonders durch eine Reorganisation des Kohlenbergbaus auf den Leib zu rücken. Ueber einem doch sehr vorsichtigen, der sozialistischen Opposition allzu vorsichtigen, Gesetz mit dieser Tendenz wäre beinahe die Regierung gestürzt. Eine internationale Kohlenkonferenz in Bern versucht das Problem, im Zusammenhang des „Arbeitsamtes“, auf der Weltbasis zu lösen. Auch ein Zeichen! — Der Newyorker Börsenkraich wirft in Form verminderter Aufträge für die Strohindustrie Wellen bis in die Aargauer Dörfer. Präsident Hoover sucht die in Amerika entstandene Krise durch energisches Eingreifen zu verringern. Es wird dort noch wirklich „regiert“. Besonders will man die hohen Löhne der Arbeiter und damit die Kaufkraft der grossen Massen erhalten! Von der in diesen Wochen besonders wuchtig hervorgetretenen Diktatur der Finanz ist schon die Rede gewesen.

Der politisch-soziale Kampf geht besonders in der Form der Auseinandersetzung mit dem Faschismus vor sich. Dieser hat in den Vereinigten Staaten einen schweren Schlag aufs Haupt erhalten. Es gab dort gegen den Versuch der italienischen Einwanderer durch den Faschismus und in ihn hinein zu terrorisieren, eine so energische Reaktion des doch noch nicht ganz erstorbenen amerikanischen Freiheitssinns, dass Mussolini sich genötigt sah, schleunigst die in den Vereinigten Staaten gegründeten Fasci (d. h. faschistischen Organisationen) aufzulösen. So duckt sich der Uebermensch-Duce vor einem Stirnrunzeln der „Grossen“. Aber auch vor den „Kleinen“ hätte er sicher mehr Respekt, wenn sie nicht Hasenfüsse wären, wie die Schweizer. Das Säbelrasseln eines Oberst Gertsch gegen Italien ist eine Begleitmusik zu Mottas Bücklingen, die diese nur umso schöner macht! — Vielleicht soll der Schwindel mit antifaschisti-

¹⁾ Nach den Ergebnissen der neuesten Zählung hat sich die schweizerische Industriearbeiterschaft in den letzten sechs Jahren um 71,680 (21,2 Prozent) vermehrt (jährlich um rund 12,000), die Zahl der Fabriken um 843 (von 7671 auf 8514). Der Anteil der Frauenarbeit ist in dieser Zeit von 38,2 auf 35,9 Prozent zurückgegangen, ebenso der der jugendlichen Arbeitskräfte (von 14 bis 18 Jahren) von 12,4 auf 11,4 Prozent. Im übrigen ist besonders bemerkenswert das gewaltige Wachstum der Metallmaschinen- und Uhrenindustrie, welche die frühere Vorherrschaft der Textilindustrie verdrängt hat. Das Verhältnis hat sich seit 1928 so verschoben, dass in der Textilindustrie jetzt nur noch 22, in der Metallindustrie aber 40 Prozent der Arbeiterschaft tätig sind. Innerhalb der Metallbranche aber wiegt die Maschinenindustrie vor. Sie beschäftigte zur Zeit der Zählung 76,512 Arbeitskräfte.

Diese Entwicklung bedeutet u. a. jene Katastrophe der ostschweizerischen Stickerei, die man kennt, wäre aber sonst wohl zu begrüssen. Jedenfalls ist klar, dass die hochqualifizierte Arbeit die Stärke der schweizerischen Industrie bildet. Die Folgerungen ergeben sich von selbst.

schen Attentaten durch den darob entstandenen Lärm und den Schrecken der „Kleinen“ jene amerikanische Ohrfeige vergessen machen.

Auch in Oesterreich erleidet der Faschismus durch den Zerfall der Heimwehr-Bewegung eine starke Niederlage. In Italien scheint es gegen ihn wieder stärker zu Revolten aller Art zu kommen. Die wichtigste davon ist vielleicht die — des Witzes, den mit Rizinusöl und Knüttel zu unterdrücken nicht ganz leicht sein dürfte. Inzwischen werden von den Verbannungsorten für die Antifaschisten, den Liparischen Inseln, Greuel gemeldet, und nicht weniger aus dem Osten, z. B. aus Bulgarien, wo neuerdings 52 Gegner des dortigen Regimes zum Tode oder zu schweren Kerkerstrafen verurteilt worden sind. Ueberhaupt diese Kerker des europäischen Ostens voll politischer Gefangener, die oft auf eine Weise behandelt werden, die wie Schauermärchen anmutet, aber nur zu sehr Wirklichkeit ist! (Matth. 25, 36 f.)

Die Kommunisten in Russland treiben es nicht besser: immer neue Massenerschiessungen von Gegnern des Systems. Inzwischen werden der Fünfjahrplan und der Kampf gegen die Religion vorwärts getrieben. Ein gewaltiges und erschütterndes Bild dieser Dinge gibt das Buch von Arthur Feiler: „Das Experiment des Bolschewismus.“ Davon vielleicht ein andermal mehr!

Die kommunistische Bewegung wirft ihre Wellen immerfort über die ganze Welt, besonders aber nach der Welt der „unterdrückten Völker“. Die indische Gewerkschaftsbewegung hat sich darob gespalten. Auch der Kampf um den Basler Konsumverein ist dadurch stark bestimmt worden. Die Moskauer Diktatur mit ihren immer neuen „Säuberungen“ der Partei, aber weniger von den Schmutzfinken als von den Ehrlichen und Aufrechten, wie eine solche gegenwärtig auch in der Schweiz vor sich geht, hat zu einer völligen Gegenpartei innerhalb des Kommunismus geführt. Wann wird die hinreissende Bewegung gegen den ganzen sozialistischen Bruderkrieg kommen?

Ich will für diesmal unter dieser Rubrik auch Einiges verzeichnen, was schliesslich auch das soziale Bild der Zeit kennzeichnet. Dazu gehört das Laster. Wir haben im Juli-Augustheft die Zahlen angeführt, die den schweizerischen Alkoholismus illustrieren und wiederholt auf die schauerliche Tatsache hingewiesen, dass wir das Land seien, das im Verhältnis zu seiner Grösse und beinahe absolut am meisten tut, um die Welt durch Rauschgifte zu verderben. Neuerliche Entdeckungen haben leider gezeigt, dass dies noch wahrer ist, als wir uns in unsern übelsten Träumen vorstellten. Von Basel, das das Zentrum ist, und sodann besonders von Genf und Zürich aus (man denke an die Missionsanstalt in Basel und an Zwingli und Calvin!) wird heute die Welt am stärksten mit Opium, Cocain, Heroin und ähnlichen Elixieren des Teufels (die nur als sorgfältig behandelte Arzneien keine solchen sind) vergiftet, alles um des Mammons willen.¹⁾

Zu dieser Herrschaft von Teufels- und Götzenmächten schlimmster Art rechne ich das Walten des Verkehrs-Moloch in Gestalt des Motorfahrzeugs. Schauerliche Zahlen werden uns davon neuerdings berichtet. In den Vereinigten Staaten ist die Anzahl der Todesopfer, die er jährlich fordert, auf etwa 30 bis 35,000 gestiegen, wozu gegen eine Million Schwerverletzte kommen. Die tägliche Zahl der kleineren Autounfälle soll sich auf etwa 25,000 belaufen. In Deutschland seien die jährlichen Todesopfer auf über 5000 gestiegen, in der Schweiz auf über 500, während die Zahl der

¹⁾ Prof. Redlich, eine Autorität, gibt in seiner Schrift: „Rauschgifte und Suchte“ (Verlag Kurt Schreiber, Bonn) folgende Zahlen an: Export von Morphin und Morphinsalzen 1926: Deutschland 4523 kg, Grossbritannien 2081 kg, Schweiz 4333 kg. Wahrscheinlich haben sich diese Zahlen seit 1926 noch mehr zu unserer Schande verschoben.

durch die Deutsche Reichsbahn Getöteten sich auf bloss 66 belief. Quousque tandem?¹⁾

4. Schweizerisches.

Das schweizerische politische Leben ist in diesem Zeitraum, ausser durch den Kampf zwischen Militarismus und Antimilitarismus, besonders durch Bundesratswahlen bestimmt gewesen. Als klares Ergebnis stellt sich, negativ ausgedrückt, der völlige moralische Zusammenbruch des „Freisinns“ und positiv ausgedrückt die Herrschaft der katholisch-konservativen Partei heraus, mit der nur noch der Sozialismus im Wettbewerb steht. Damit ist für eine Weile die Entwicklung, die vom Jahre 1712 (zweite Schlacht bei Vilmorgen) bis zum Jahr 1847 (Sonderbundskrieg) läuft, aufgehoben. Wer hätte sich das noch vor zwanzig, ja vor zehn Jahren träumen lassen? Was würden die Väter des Freisinns, ein Dubs, Stämpfli, Schenk, Welti dazu sagen? Ich selbst würde dem Katholizismus diese Genugtuung wohl gönnen, wenn es sich um einen religiösen und nicht, wie das ja der Fall ist, um einen bloss politischen Katholizismus handelte, wenn eine Gesinnung diese Wendung herbeigeführt hätte und nicht bloss ein schlauer Machtkalkül.

Aber wie soll es wieder anders werden? Eine zeitlang schien es beinahe, als ob gegen diese Entwicklung eine Revolte des „Jungfreisinns“ oder „Linksreisinns“ einsetzen würde, aber es schien wirklich bloss so; wer

¹⁾ John Haynes Holmes, der Herausgeber der radikalen, in Chicago erscheinenden Zeitschrift „Unity“, schreibt (14. Oktober):

„Wir stehen mit jedem Tage mehr unter dem Eindruck der Gleichgültigkeit gegen das Menschenleben, die in unserem Lande zu herrschen scheint. Ob das in andern Ländern auch so ist? [Jawohl, Herr Holmes, und in mancher Beziehung noch schlimmer!] Den ganzen Sommer hindurch hat der Automobil-Mord in einem erschreckenden und, was wohl noch schlimmer ist, sich beschleunigenden Tempo zugenommen. Manche von den Opfern dieser Strassenmetzeleien sind freilich rücksichtslose, verrückte oder betrunkene Fahrer selbst, die in Unfall oder Tod die verdiente Strafe ihres Frevels empfangen; aber sehr viel zahlreicher sind vollständig Unschuldige, vor allem Dutzende, Hunderte von Kindern, die wie Korn von der Sichel niedergemäht werden. Und niemand scheint sich darum zu kümmern. Das Einzige, wovon man redet, sind mehr und stärkere Wagen auf breiteren und glatteren Strassen, offenbar damit noch mehr unschuldige Opfer zu dem jährlichen Todeszoll hinzukommen sollen, der schon jetzt den eines Schlachtfeldes übersteigt. Dazu kommt diese Fliegerei... Fast täglich den Sommer hindurch werden eine oder mehrere Personen in Aeroplanen zerschmettert. Aber wer fragt darnach? Am zweiten Tag des Frauen-Rennens im Osten von Los Angeles wurde eine der berühmtesten und populärsten Läuferinnen getötet — aber das Rennen ging weiter! Die Schweizer-Flieger gingen mitten im Atlantischen Ozean verloren — aber die Tragödie war schon vergessen, bevor sie bestätigt war! Tod, Verletzung, Zerstörung ringsum, wir gähnen und fragen nach den Fussball-Neuigkeiten. Gleichgültigkeit gegen das Menschenleben, Verletzung seiner Heiligkeit ist aber, wie die Geschichtsschreiber uns sagen, eines der genauesten Zeichen der Degeneration einer Gesellschaft. Lecky in seiner „Geschichte der europäischen Moral“ stellt fest, dass einer der sichersten Beweise vom Verfall des Römertums seine Missachtung des Lebens war, wie umgekehrt einer der sichersten Beweise der Siegeskraft der neuen Religion des Christentums seine Empfindlichkeit für den Wert des Lebens. Was sollen wir im Lichte dieser Feststellung über Amerika sagen? Uns schaudert, wenn wir im Kolosseum stehen, beim Gedenken an die Gladiatoren und die Märtyrer; sollte uns nicht ob unsern Autostrassen und Flugzeugplätzen schaudern?“

So der radikalen, ja revolutionäre Amerikaner. Und wir?

den Geisteszustand des heutigen Schweizervolkes kennt, der wusste von vornherein, dass nichts daraus werde. Und es ist nichts daraus geworden, wird auch nichts daraus werden. Zu so etwas reicht es beim heutigen Schweizer nicht mehr, hoffen wir: bloss vorläufig nicht mehr. Trotzdem ist wohl richtig, dass für den Sozialismus nun eine Zeit von äusserster Gunst gekommen wäre — wenn er selbst darnach wäre! So aber müssen wir weiter warten, hoffen, arbeiten, und wenn möglich nicht müde werden.

5. Religiöses und Kirchliches.

Im Angesicht des gewaltigen Vorstosses der römisch-katholischen Kirche auf der einen¹⁾ und der völligen Zersetzung der bürgerlichen Parteien, die eine zeitlang, etwa während der Periode des Kulturkampfes, noch als Trägerinnen der protestantischen Sache erscheinen möchten, auf der andern Seite ist begreiflich, dass man in protestantischen Kreisen sich nach einer neuen Form von Vertretung der evangelischen Sache in der Politik umschaute. Besonders dringend ist dieses Bedürfnis natürlich in Deutschland, wo lange Zeit die frühere nationalliberale und noch mehr die konservative, seit dem Krieg „deutsch-national“ genannte Partei den Protestantismus zu vertreten schienen, jene aber als „Deutsche Volkspartei“, d. h. nun: Partei der Grossindustrie und Hochfinanz dafür immer weniger in Betracht kommt, diese durch Hugenberg zersetzt und zum Teil ins nationalsozialistische Geleise gelenkt wird, wo vielfach Wuotan an Stelle Christi tritt. Aus dieser Lage heraus hat sich schon vor Jahren eine spezifisch evangelisch-religiöse Partei gebildet, die sich den Namen „Christlicher Volksdienst“ zulegte und den Anspruch erhob, ausserhalb, auch oberhalb der rein politischen und wirtschaftlichen Parteien bloss der Sache des Evangeliums in der Politik dienen zu wollen. Diese neue Partei hat bei Wahlen da und dort unerwartet grosse Erfolge gehabt und ist gelegentlich als Zünglein an der Wage zu einem im Verhältnis zu ihrer Zahlenstärke sehr bedeutenden Einfluss gelangt. Nun ist es infolge jener Vorgänge in der „Deutschnationalen Partei“ auf dieser Linie zu neuen Entwicklungen gekommen. Der aus der Deutschnationalen Partei ausgeschiedene „Evangelische Reichsausschuss“ hat sich mit dem „Christlichen Volksdienst“ verschmolzen und das vereinigte Gebilde heisst nun „Christlich-sozialer Volksdienst“. Es beansprucht also, die politische Vertretung des deutschen Protestantismus zu bilden; es will also eine Art protestantisches „Zentrum“ sein. Was sollen wir dazu sagen?

Ich für meine Person beharre bei meinem Misstrauen gegen den Anspruch irgend einer politischen Partei, und wäre es die denkbar vollkommendste, eine Vertretung des Evangeliums zu sein. Es läuft dabei ohne Veräusserlichung und Verengung des Evangeliums nicht leicht ab. Auch ist zu fürchten, das neue deutsche Gebilde werde von Anfang an dem Evangelium doch vorwiegend eine konservative Auslegung geben, dies besonders in kulturellen Dingen. Das Evangelium muss in der Politik m. E. anders vertreten werden. Aber interessant und bedeutsam ist diese Entwicklung auf alle Fälle. Sie ist auch erfreulich, insofern sie zeigt, wie das Evangelium sich irgendwie der Politik annehmen muss und wie dies heute sich so vollzieht, dass das soziale Problem in den Mittelpunkt tritt. Hoffen wir also, dass diese Wendung auf ihre Art doch Gutes bedeute.

In diesem Zusammenhang wird der Kampf zwischen dem religiösen Sozialismus und dem Freidenkertum besonders bedeutsam. Dieser geht auf der ganzen Linie vorwärts, hat aber in Deutschland insofern eine nicht unerfreuliche Klärung erfahren, als infolge von Verhandlungen zwischen dem Landesverband der religiösen Sozialisten Preussens und

¹⁾ Dass nach vierhundert Jahren Berlin wieder einen römisch-katholischen Bischof erhalten hat, ist auch ein Symptom davon.

dem Bezirksvorstand Berlin der sozialdemokratischen Partei eine Erklärung des Bezirksvorstandes zustande gekommen ist, wonach dieser es für unangehörig erachtet, für die Parteiarbeit (wie selbstverständlich auch für die Mitgliedschaft) die religiösen Ueberzeugungen der Genossen in Betracht zu ziehen, Religion und Weltanschauung vielmehr als Angelegenheit der Einzelnen betrachtet werden müssten. Das ist eine Grundlage für weitere Verständigung und ein bedeutender Erfolg unserer Freunde; denn es ist zu bedenken, was Berlin heisst! Man darf nun wohl erwarten, dass diejenigen Blätter, die Pfarrer Piechowskys Alarmruf wegen der Vergewaltigung unserer Freunde durch die Berliner Freidenker-Genossen gebracht haben, ihren Lesern auch diese Wendung nicht verschweigen werden.

In dem Augenblick, wo die protestantische Kirche in ihrem politisch rückständigsten Teil sich dem politisch-sozialen Problem neu öffnet, scheint die römische sich ihm eher zu verschliessen. Man dürfte darauf gespannt sein, wie sich die Hierarchie zu der Bewegung des katholischen Sozialismus stellen werde. Nun ist, scheinbar wenigstens, die Entscheidung gefallen. Durch die Zeitungen geht eine Notiz, wonach der Papst den katholischen Sozialismus verurteilt hätte. Wie steht es damit?

Folgendes ist der Sachverhalt: Der Papst hat an die katholischen Arbeitervereine Deutschlands (und Oesterreichs?), die ihm durch ihre Vertreter einen Besuch gemacht hatten, durch den Kardinal Gasparri ein Schreiben gerichtet, in dem der Passus steht: „Da die katholische Aktion in der Beteiligung der Laienwelt am hierarchischen Apostolat besteht und dahin zielt, die katholischen Grundsätze auf allen Gebieten, das der Wirtschaft und Arbeit nicht ausgeschlossen, zu wahren, zu verbreiten und in die Tat umzusetzen, begreift jeder, welch mächtigen Damm die auf diese Aktion sich stützenden katholischen Vereine der Ueberflutung des Sozialismus entgegensetzen. Zu rechter Zeit bekämpft ihr auf Grund der ewigen Grundsätze, von denen sich die soziale Lehre der Kirche leiten lässt, die neuen Trugschlüsse derer, die die Lehren des Evangeliums vom irdischen Leben und von den Gütern dieser Welt falsch verstehen und glauben, sie könnten oder sogar sie müssten gleichzeitig gute Katholiken und Sozialisten sein oder mit den Sozialisten sympathisieren. Indem ihr die Arbeiter vor diesen falschen Lehren bewahrt, zeigt ihr, dass ihr die feierliche Mahnung wohl verstanden habt, die der Papst im Konsistorium vom 18. Dezember 1924 an Alle richtete, alle Kräfte aufzubieten, um die äusserst schweren Gefahren und die ganz sicheren Schäden des Sozialismus und Kommunismus fernzuhalten.“

Dies ist die Stelle, die aus dem langen Schreiben allein in Betracht kommt. Wie ist ihr Sinn und ihre Tragweite zu beurteilen?

Dass sie eine Missbilligung des katholischen Sozialismus bedeutet, kann m. E. schwerlich geleugnet werden. Ob der Papst dabei den Sinn desselben richtig deutet oder nicht, ändert an diesem Sachverhalt nichts. Aber welches ist die Tragweite dieser Missbilligung?

Wir Protestanten kennen, zu unserem grossen Schaden, die katholischen Dinge zu wenig, um darüber mit einiger Sicherheit urteilen zu können. Aber Einiges scheint doch klar zu sein. Einmal: Wenn es dem Papst auf eine solenne und endgültige Verurteilung des katholischen Sozialismus angekommen wäre, dann hätte er diese wohl nicht nur so nebenbei angebracht, sondern sie in den Mittelpunkt einer Erklärung gerückt, so wie es meines Wissens in solchen Fällen (man denke an den Modernismus, den Sillon, die Action française) immer geschehen ist. Sodann: es handelt sich nicht einmal um eine direkte Erklärung des Papstes, geschweige denn um eine Enzyklika, sondern um eine mehr sekundäre und indirekte Meinungsäusserung. Endlich: die päpstliche Autorität reicht nicht so weit, dass sie in solchen Dingen Entscheidendes zu sagen hätte. Der Katholik darf sich für seine Stellung zu ihnen auf sein Gewissen berufen.

Immerhin: diese Aeusserung zeigt, mit andern verbunden, dass die Spitzen der römischen Hierarchie dem katholischen Sozialismus nicht sehr freundlich gesinnt sind. Ich erinnere an die Tatsache, dass Ernst Michels Buch: „Politik aus dem Glauben“ auf den Index gesetzt worden ist und weise auf die neue hin, dass Professor Ude in Graz von seinem Bischof für politische Dinge eine Schweigepflicht auferlegt und ihm das Predigen bis auf weiteres verboten worden ist. Professor Ude ist unsern Lesern zum Teil durch die Bruchstücke aus seinen Schriften, die der Aufsatz „Sozialismus und Katholizismus“ gebracht hat, aber auch sonst als radikaler Kämpfer gegen Kapitalismus, Militarismus, Alkoholismus und verwandte Mächte bekannt. Seine Verurteilung erfolgt nicht etwa aus religiösen („dogmatischen“) Gründen, da er in dieser Beziehung unangreifbar ist, sondern wegen seiner Opposition gegen die Seipelsche Politik. Dafür wird die Kirche bezahlen müssen, Professor Udes Mund aber wird sich wieder öffnen und wird übrigens auch durch dieses Schweigenmüssen reden.

Vorläufig also hat der katholische Sozialismus keinen leichten Stand. Das ist an sich ja ganz gut und recht; allzu starke Protektion ist einer solchen Sache nicht förderlich. Aber freilich, es eröffnet sich die Möglichkeit eines Kampfes von ungeheurer Tragweite. Ich habe den Eindruck, der jetzige Träger der päpstlichen Tiara sei zwar ein guter Bergsteiger und trefflicher Mensch, aber der Stunde nicht gewachsen.

Es wird berichtet, der Papst habe kürzlich, zum erstenmal nach einem halben Jahrhundert der „vaticanischen Gefangenschaft“ eine Ausfahrt über die Grenzen des Vatikans hinaus gemacht und die uralte Laterankirche besucht. Man möchte wünschen, dass er auch sonst etwas mehr in die heutige Welt hineinkäme, etwa in die Arbeiterquartiere von Wien und Köln. Am besten wärs, wenn er das unsichtbar, in einer Tarnkappe tun könnte. Vielleicht lernte er dann anders über den katholischen Sozialismus denken.

15. Januar.

L. R.

Personalia. I. Vor kurzem haben zweier unserer Freunde den 60. Geburtstag gefeiert, Stadtpfarrer Paul Martig in Chur und Frau Henriette Roland Holst. Wir haben leider es in beiden Fällen erst hintenher erfahren, sonst hätten auch wir uns rechtzeitig mit unserem Dank und unseren Wünschen eingestellt. Heute reicht es nur noch zu einigen Worten.

Unser Freund Martig ist sozusagen von ihren ersten Tagen an mit der religiös-sozialen Sache gegangen. Er hat sie oft unter sehr viel Anfechtung vertreten, immer mannhaft, lauter, ganz in Wort und Tat, immer fest im Glauben, hochgesinnt, zuverlässig und auch immer von ihrem letzten und tiefsten Sinne her. Ganz besonders sind wir ihm auch zu Dank verpflichtet, dass er im Dienst unserer Sache einen Sohn wiederholt ins Gefängnis hat ziehen lassen, fest zu ihm stehend. Das war für den Stadtpfarrer von Chur keine leichte Sache. Aber sie ist dafür umso wertvoller. Wir wünschen ihm als das Beste, dass er, und wir mit ihm, noch manches Durchbrechen dessen, was wir so lange schon erhoffen und erkämpfen, schauen möge und „seine Tage seien wie seine Kraft“.

Frau Henriette Roland Holst war bis vor kurzem für uns Alle eine entweder ganz unbekannte oder doch ferne und fremde Gestalt. Nun ist sie mitten unter uns getreten und wir betrachten dies als eine der edelsten Gaben, die uns je geworden ist. Nun nennen wir auch sie mit Stolz und Dankbarkeit unsere Freundin, und es ist uns, als ob wir sie schon längst gekannt und schon längst mit ihr verbunden gearbeitet und gekämpft hätten — wie wir es ja auch haben, nur ohne es zu wissen. Wir treffen mit ihr in einem Zeitpunkte zusammen, der uns voll F ü g u n g zu sein scheint. Auch abgesehen von uns, halten wir es für ein sehr sinnvolles Zeichen, dass gerade

diese berufene und seherische Frau nunmehr in der goldenen Reife ihres Lebens — es ist viel im tiefen Schacht des der Schmerzen erworbenes Gold dabei — zu einer zentralen, wegweisenden Gestalt des Sozialismus wird. Aus tiefster Seele wünschen wir Alle, dass Segen über ihrem weiteren Wege walte, reicher, grosser, starker Segen. L. R.

II. Zweier edler Israeliten sei gedacht, die von uns gegangen sind.

Franz Rosenzweig ist einer der stärksten Werkzeuge der Erweckung des Judentums, die heute vor sich geht. Mit zwanzig Jahren hat er ein wertvolles Werk über Hegel geschrieben, dann aber hat er den Weg zu Israel zurückgefunden. Im Kriege hat er eine Kopfgrippe durchgemacht, die einige Jahre nachher den kraftstrotzenden jungen Mann aufs Lager warf und fast völlig lähmte. Aller Bewegung, auch des Sprechens unfähig, behielt er bloss die Möglichkeit, auf die Buchstaben der Schreibmaschine zu deuten, die dann seine Frau, eine „Gehilfin, die um ihn war“, im stärksten Sinn des Bibelwortes, bediente. So verfasste er Schriften, Aufsätze und Briefe, letztere in grosser Zahl, so arbeitete er mit Martin Buber wieder als „Gehilfe“ in besonderem Sinne an der Uebertragung des Alten Testaments. Er bezwang die geistige Lähmung durch die Krankheit, bezwang den Tod, der nach medizinischem Ermessen so viel früher hätte eintreten müssen, behielt die volle Kraft, Klarheit und sogar Heiterkeit des Geistes bis zuletzt, ein „Wunder vor unseren Augen“.

Wenn ich daneben den Professor der Toxikologie in Berlin, Ludwig Lewin nenne, so meine ich nicht, dass er diesem „Grossen in Israel“ an Bedeutung und Art nahe stehe. Aber auch er ist durch sein Einsteigen gegen den gottlosen Giftgasgreuel, zu dem sein biblisches Alter ihm noch Jugend genug liess, ein Zeugnis des göttlichen Erbes, das Israel verliehen ist. Auch ihm sei Ehre und Dank! L. R.

Die Hilfe für die Hungernden in China.¹⁾ Von befreundeter Seite ist um die Weihnachtszeit ein Aufruf zur Hilfe für die chinesischen vom Hungertod bedrohten Massen in einigen Zeitungen erschienen. Die Antwort war herzerfreuend: binnen kurzem sind uns allein 12,000 Franken zur Verfügung gestellt worden. Diese grosse Hilfsbereitschaft zeigt, wie die grauenvolle Not, die auf so vielen Millionen von Mitmenschen liegt, das Herz unseres Volkes bewegt und wie gern es tut, was es kann, um sie wenigstens da und dort zu lindern. Es ist aber sehr begreiflich, wenn sich die Frage regt, ob es denn auch möglich sei, mit den gesammelten Geldern oder dem, was man damit kauft, in dem vom Bürgerkrieg zerrissenen, zum Teil unwegsamen Lande wirklich zu den Notleidenden zu gelangen.

Wir möchten auf diese Frage in der gebotenen Kürze folgende Antwort geben:

Es ist fast selbstverständlich, dass es nicht möglich ist, gleichmässig und ohne grosses Risiko zu allen von der Hungersnot Betroffenen zu gelangen. Aber wissen auch, dass es möglich ist, zu Vielen zu gelangen und dass es möglich ist, die gesammelten Mittel ohne nennenswerten Verlust richtig und heilsam anzuwenden. Besonders ist in dieser Beziehung der Weg über die Missionen ausserordentlich sicher. Wir wissen das durch Persönlichkeiten, welche die chinesischen Verhältnisse genau kennen. Aber es gibt auch andere Möglichkeiten, die Hilfe sehr sicher an den rechten Ort zu bringen. Die seit Jahren arbeitende grosse Hilfsaktion für China, die in Amerika ihren Sitz und ihre stärkste Stütze hat, das China International Famine Relief Committee, hat in China ihre absolut zuverlässigen Vertrauensmänner, darunter den amerikanischen Gesandten mit seinem Personal und

¹⁾ Diese Mitteilung ist für weitere Verbreitung bestimmt und es wird sehr darum gebeten. Abzüge sind bei mir zu haben. L. R a g a z.

Persönlichkeiten wie John Mott. Diese versichern immer wieder mit grosser Bestimmtheit, dass geholfen werden könne und dass die Mittel nicht gefährdet seien. Wir möchten nur einige Stellen zitieren;

Das Komitee erklärt: „Beide Armeen respektieren die Fahne des Komitees, welches das Hilfswerk verwaltet und sind bereit, den für die Hungernden bestimmten Mitteln Schutz und Geleite zu gewähren. Räuber sind meistens bloss hungernde Menschen, welche ebenfalls die Fahne des Hilfskomitees respektieren. Unter der Fahne dieses Komitees ist in einigen Gegenden von China die letzten acht Jahre ununterbrochen Hilfe geleistet worden, zeitweilig in Kriegsgebieten, wo in einer einzigen Provinz zweihunderttausend Mann verwendet wurden. Es kann den Dörfern mit den verarmten und dahinsterbenden Menschen Nahrung geliefert werden.“

Der chinesische Sekretär des Komitees in Peking, Y. S. Djang, berichtet: „Offenbar besteht bei den Amerikanern in Amerika selbst ein ziemlich verbreitetes Gefühl, dass in Anbetracht der Wirren im Kriegsgebiet Hilfe nicht richtig angebracht werden könne, auch wenn die Mittel vorhanden wären. Sie sind gewiss berechtigt, auf so grosse Entfernung diese Zweifel zu hegen. Aber unsere Erfahrung der letzten zehn Jahre zeigt uns, dass die Befürchtung unserer amerikanischen Freunde trotzdem nicht begründet ist, denn wir haben während dieser ganzen Zeit inmitten von Unruhen von beträchtlicher Bedeutung gewirkt. ... Während der Jahre, in denen wir gearbeitet haben, wurde von unserem Personal gar niemand durch Räuber angegriffen oder durch Militär belästigt. Das ist für uns selbst ein Wunder, aber es ist unsere Erfahrung.“

Der Missionar J. R. Bishop schreibt aus der Provinz Schantung:

„In den sieben Jahren meiner Erfahrung ist nicht ein einziger Sack mit Lebensmitteln an Soldaten oder Räuber verloren gegangen. Vollends können Räuber nicht die Dämme essen, die wir gebaut haben und können Soldaten nicht das Fleisch der Arbeiter und der Familien besteuern, die wir ernährt haben. Es kann Hilfe geleistet werden; es ist geschehen und kann weiter geschehen.“

Diese Aeusserung zeigt, dass man auch den Ursachen der Hungersnot, soweit sie nicht politischer Natur sind, zu steuern versucht, durch Schutz gegen Ueberschwemmungen, Strassenbauten, Aufforstungen.

Endlich bezeugt das „Advisory Committee (Beratende Komitee), dem eine grosse Zahl der besten Amerikaner angehört: „Seit Jahresbeginn sind 205,000 Dollar in Schantung angewendet worden, ohne dass von Räufern oder Soldaten irgend eine Störung geschehen wäre. Getreide im Werte von 310,000 Dollar ist im nordwestlichen Gebiete verteilt worden ohne Verluste, ausgenommen solche im Betrag von 113 Dollar, veranlasst durch verhungerte Flüchtlinge. 122,000 Dollar, die nach Honam, Schensi und Kansu [das sind gerade die Provinzen, welche hauptsächlich unter der Hungersnot leiden! Die Red.] geschickt wurden, sind bisher ohne jeden Verlust verwendet worden.“

Diese Berichte stammen aus den allerletzten Jahren. Die Verhältnisse haben sich seit ihrer Abfassung nicht im geringsten verändert.

Nun hat in der letzten Zeit allerdings eine Kommission des amerikanischen Roten Kreuzes, die im Auftrag des Präsidenten Hoover die Hungergebiete bereiste, die These aufgestellt, man tue besser, die Hilfsaktion einzustellen, weil die Nankinger Regierung selbst für die Bekämpfung der Hungersnot zu wenig leiste. Als ob das ein Grund wäre, 20 Millionen Menschen ruhig verhungern zu lassen! Jene Regierung könnte auch nicht helfen, wenn sie noch so sehr wollte. Es fehlen ihr dafür alle Mittel. Ihre Macht ist heute sehr beschränkt. Nur in wenigen Provinzen hat sie etwas zu sagen. Sie hat in den Zeiten grösseren Einflusses immerhin getan, was sie konnte. Heute fehlen ihr besonders die Geldmittel. Den Bürgerkrieg be-

zahlen die fremden Mächte, die natürlich für die Hungernden kein Geld und kein Herz haben. Uebrigens tragen Europa und Amerika, die hinter dem chinesischen Bürgerkrieg stehen, den weitaus grössten Teil der Schuld an dem ungeheuren Elend dieses grossen Volkes. Was wir leisten können, ist im besten Fall nur eine fast verschwindend kleine Sühne für unsere Schuld.

Gewiss, wir können nicht der ganzen Not steuern, aber ist das ein Grund, nichts zu tun? Wir tun, was wir können. Jeder gerettete Mensch ist wertvoller als alles Geld der Erde.

Das Werk muss also fortgesetzt werden. In jedem Kanton sollte ein Kreis von Menschen es an die Hand nehmen. Es wäre eine herrliche Aufgabe für den Völkerbund; es wäre auch die schönste Art von Mission.

Zwanzig Millionen Verhungernde rufen — und wir sollten bald dabei stehen?

Zürich, 15. Januar 1930.

Dr. L. R a g a z.

Gegen den Zwanzigmillionenkredit für Flugzeuge. An die Mitglieder der Schweizerischen Bundesversammlung, Bern.

Sehr geehrter Herr!

Die unterzeichneten Organisationen sehen sich genötigt, zu der Tatsache Stellung zu nehmen, dass das Militärdepartement zur Reorganisation unserer Flugwaffe einen ausserhalb des ordentlichen Voranschlages stehenden Kredit von 20,000,000 Franken verlangt.

Schon in der letzten Dezembersession wurde aus der Mitte des Nationalrates darauf hingewiesen, dass der Betrag von 86 Millionen Franken für das Militärbudget keinesfalls mehr überschritten werden dürfe, wenn nicht das Ansehen der Schweiz, die die Ehre habe, den Sitz des Völkerbundes zu beherbergen, schwer gefährdet werden solle; um so mehr muss jene neue Kreditforderung heute beunruhigen, nachdem unser Land in diesem Jahre dem Kelloggspakt beigetreten ist und damit den Krieg geächtet hat. Wir betrachten es als ein unwürdiges Doppelspiel, wenn die Schweiz mit hohen Worten Kriegsächtungspakte und Schiedsgerichtsverträge unterzeichnet und nachher die Rüstungsausgaben um ein Viertel erhöht. Damit wird sie mitschuldig an dem neuen Wettrüsten, das die Völker in den Abgrund führt. Der Glaube an den Friedenswillen der Schweiz, unser bester Schutz, wird dadurch bei den andern Völkern zerstört.

Mit allem Nachdruck müssen wir ferner darauf hinweisen, dass durch diesen Kredit für militärische Flugzeuge in unserm Volke fälschlich der Glaube erweckt wird, dass es nun in einem künftigen Kriege wirklich geschützt wäre. In Tat und Wahrheit wird dies keineswegs der Fall sein; haben doch die massgebendsten militärischen Führer der ehemaligen kriegführenden Staaten immer wieder erklärt, dass ein Schutz der Zivilbevölkerung im kommenden Giftgaskrieg nicht denkbar sei. Es gesellt sich also zu der schweren moralischen Diskreditierung der Schweiz und der materiellen Nutzlosigkeit jener Forderung eine verhängnisvolle Verschleierung der wahren Sachlage, mit der wir zu rechnen haben.

Das Gebot der Stunde ist für alle, die sehen können, nicht die Aufrüstung, sondern die Abrüstung. Sie ist die grosse Aufgabe unserer Zeit und sie allein auch die Rettung der Schweiz, deren sicherer Untergang ein neuer Krieg wäre. Unser Volk erwartet in seiner grossen Mehrheit nicht neue, von ihm immer allgemeiner als nutzlos durchschaute Ausgaben für Kriegsmaterial, sondern die endliche Erfüllung der schon lange Jahre ihrer Verwirklichung harrenden sozialen Aufgaben des Bundes, für die immer und immer wieder die Mittel fehlten. Die Augen des Schweizervolkes sind in dieser Sache mit besonderer Spannung auf Sie gerichtet. Wird die Schwei-

zerische Bundesversammlung den Mut haben, dem Wahn der militärischen Rüstung zu entsagen und an seine Stelle den Glauben an die geistige Unüberwindbarkeit eines um den sozialen Frieden wie den Völkerfrieden kämpfenden Volkes setzen?

Wir erheben unsererseits mit allem Nachdruck Protest gegen eine schweizerische Politik der Aufrüstung und bitten Sie eindringlich, sich diesem Proteste durch Verweigerung des verlangten Kredites anzuschliessen.

Mit vorzüglicher Hochachtung:

Schweiz. Zentralstelle für Friedensarbeit.

Schweiz. Zweig der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit.

Arbeitsgemeinschaft antimilitaristischer Zürcher Lehrer.

Vereinigung Bernischer Lehrer für Friedensarbeit.

Jugendgemeinschaft „Nie wieder Krieg“.

Groupe des maîtres pacifistes de Genève.

Ein Aufruf der amerikanischen Kirchen. In dem Augenblick, wo die Schweizerkirchen sich mehr als je zu Schleppträgern der Obersten und Regierungsräte machen, wird man mit erhöhtem Interesse und mit besonderer Genugtuung vernehmen, was staatsfreie Kirchen, die den Verrat Gottes an Zäsar nicht vollzogen haben, über Krieg und Frieden denken:

An die Christen aller Länder und an alle die, welche Gerechtigkeit, Frieden und guten Willen im Völkerleben wollen, vom Bundeskomitee der Kirchen Christi in Amerika.

Gnade sei mit euch und Friede von Gott unserem Vater und dem Herrn Jesus Christus!

Der Weltfriedenspakt. Die Unterzeichnung des allgemeinen Vertrages für den Verzicht auf den Krieg als Mittel nationaler Politik durch fünfzehn mächtige Nationen zu Paris am 27. August 1928, ist ein bedeutsames Ereignis in der Weltgeschichte. So ziemlich alle Völker der Welt werden in Bälde seine Verpflichtungen angenommen haben.

Der neue Charakter der internationalen Beziehungen. Durch den Pakt ist eine fundamentale Aenderung im Charakter der internationalen Beziehungen eingeleitet, die unverzüglich zur allgemein angenommenen Basis der internationalen Beziehungen werden sollte. Misstrauen, Furcht und Kriegsvorbereitungen sollten nicht mehr länger die beherrschenden Gesichtspunkte der auswärtigen Politik der Völker sein. Jede Regierung, die diesen Pakt angenommen hat, ist dadurch bei ihrer Ehre verpflichtet, nach den Prinzipien des Friedens zu suchen und sich daran zu halten. Der Friede sollte das oberste Anliegen jedes Landes werden. Provozierende Massregeln sollten gewissenhaft vermieden werden, insbesondere Kriegsvorbereitungen, die über das Mass wirklicher Notwehr hinausgehen. Gerechtigkeit, Ehrenhaftigkeit, Höflichkeit und gegenseitige Rücksicht sollten hinfort die hervorstechenden Elemente aller nationalen Politik bilden. Das sind gebieterische Verpflichtungen, die im Geist und Zweck des Paktes liegen.

Ein Volk, das den Pakt verletzt, wird vor der Welt dastehen nicht bloss als eines, das des schlimmsten Angriffes gegen die ganze Völkergemeinschaft schuldig ist, sondern, das auch ein heiliges Ehrenwort gebrochen hat.

Ein ungeheures Unternehmen. Die Verbannung des Krieges aus der Welt ist ein ungeheures Unternehmen. Es verlangt eine völlige Umwälzung der alten Gewohnheiten des Denkens und Handelns. Wenn die Völker wirklich den Kriegsgeist, das Kriegssystem und die Kriegsmethode hinfort für immer aufgeben sollen, dann muss in jedem Land ein entsprechendes Erziehungsprogramm aufgestellt und verwirklicht werden. Denn nicht ein Volk allein wird diese Schritte nach vorwärts tun.

Veränderung durch geordnetes Verfahren. Dieser Friedenspakt hat nicht

den Sinn, dass dadurch die bestehenden Beziehungen zwischen den Völkern für immer kristallisiert werden sollen. Die Präambel des Paktes erklärt, dass alle Veränderungen in deren Beziehungen zu einander nur durch friedliche Mittel und als Ergebnis friedlicher und geordneter Verhandlungen erstrebt werden sollten.

Die Beseitigung von Ungerechtigkeiten. Die Völker sollten hinfort auf die Entwicklung von Organen und Verfahrensweisen für eine friedliche Beilegung von Streitigkeiten und Schaffung von Gerechtigkeit drängen. So lange diese Organe fehlen oder ungenügend sind, wird die Kriegsdrohung bestehen bleiben. Völker, die sich unterdrückt sehen oder unter Ungerechtigkeit leiden, bedürfen geeigneter Gerichtsinstanzen und anerkannter Verfahren für eine unparteiische Untersuchung ihrer Begehren. Völker, die der Unterdrückung und Ungerechtigkeit beschuldigt werden, sollten bereit sein, eine volle, unparteiische und wohlwollende Erörterung dieser Begehren zu gewähren und die notwendigen Aenderungen vorzunehmen.

Der Völkerbund und der Weltgerichtshof. Es ist für die Verwirklichung des Weltfriedens ebenfalls höchst wichtig, dass aufreizende und gespannte Situationen behandelt werden sollten, bevor es für eine Lösung zu spät ist. Der Völkerbund im politischen und der permanente internationale Gerichtshof im gesetzlichen Bereich sind für diesen Zweck geeignete Organe, Organe, die sich bereits als die wirksamsten, die die Welt bisher gehabt, bewährt haben.

Internationales Recht. Es sollte in Eile ein internationales Recht auf der Grundlage der Unrechtmässigkeit des Krieges formuliert, modifiziert und ratifiziert werden. Das würde die Rechte und Pflichten der Völker klarstellen und nach und nach die immer wachsende Zahl von Interessenkonflikten in den Bereich gerichtlicher Beilegung rücken. Wir meinen, dass alle Völker und besonders alle grösseren Völker, die Rechtssprechung des permanenten internationalen Gerichtshofes anerkennen sollten.

Herabsetzung der Rüstungen. Alle Völker sollten sich zu drastischen Herabsetzungen der Rüstungen zu Lande und zu Wasser entschliessen. Solche Herabsetzungen müssten die Kriegsgefahr vermindern, gegenseitiges Vertrauen und Wohlmeinen schaffen und einen überzeugenden Beweis für den ehrlichen Willen bei der Unterzeichnung des Friedenspaktes bilden. Die Kirchen aller Länder sollten unter ihrer Mitgliedschaft das Denken, den Mut und den Glauben pflegen, die zu diesem Programm gehören. Für die Verwirklichung dieses Programmes versprechen die Kirchen Christi in Amerika feierlich die ernsthafteste Anstrengung.

Die neue Basis nationaler Ehre. Durch die ganze bisherige Geschichte hingen die Rechte, die Ehre und der Einfluss der Völker von ihrer kriegerischen Macht ab. Die Kriegsrüstungen bildeten in der nationalen Politik wesentlichste Faktoren. Nun, da die Völker übereingekommen sind, auf den Krieg als ein Mittel der nationalen Politik zu verzichten und die Beilegung all ihrer Streitigkeiten ausschliesslich auf friedlichem Wege zu suchen, ist das alles anders geworden. Der Rang eines Volkes in bezug auf Ehre, Einfluss und Bedeutung in der Welt wird hinfort von dem abhängen, was es für wirkliche Kultur leistet, von der getreuen Erfüllung seiner Verbindlichkeiten, von seinem Fortschritt im Bereich des Geistes und von seinem Geiste der opferwilligen und dienenden Zusammenarbeit mit den andern.

Die Uebung einer neuen internationalen Sittlichkeit. Die Sicherheit der Völker, die Gerechtigkeit unter ihnen und der Weltfriede hängen in letzter Instanz von ihrem wechselseitigen Vertrauen und von der Erfüllung der Ideale, der Prinzipien und des Geistes Christi ab. Die nationale Politik sollte hinfort das enge Eigeninteresse den Interessen Aller unterordnen. Ruchloser Egoismus und gewaltsamer Angriff sind bei einem Volk ebenso zu verurteilen wie bei einem Individuum. Es darf nicht eine doppelte Moral geben, eine für die Einzelnen und eine für die Völker. Es darf nur eine Moral, eine Ehre, ein Recht geben.

Der Anbruch eines neuen Tages. Wir freuen uns innig ob dem Friedenspakt von Paris. Er bedeutet, wie wir hoffen und glauben, den Anbruch eines neuen Tages. Er öffnet die Pforte zu einer neuen Epoche der menschlichen Geschichte, eine Epoche frei von dem Unrecht des Krieges, einer Epoche, deren Ruhm das Glück und die Wohlfahrt einer brüderlich geeinten Menschheit sein wird.

* * *

Das Bundeskomitee der Kirchen Christi in Amerika drückt den Christen in seinem Lande und allen andern Ländern und denen, die allenthalben Gerechtigkeit und Frieden lieben, den Wunsch aus, sich mit ihnen in dem Bemühen zu vereinigen, das Volk unserer Länder für eine volle Entfaltung des Geistes und Zweckes zu gewinnen, die dem Pakt innewohnen. Wir sind uns tief und schmerzlich bewusst, wie wenig unser eigenes Land die höchsten Möglichkeiten des Paktes in bezug auf die internationalen Beziehungen verwirklicht. In Demut und Trauer haben wir diese Botschaft ausgearbeitet und doch mit der Hoffnung, in der Meinung, dass wir, Ihr mit uns und wir mit Euch, unsere Herzen und unsere Gebete in dem grossen Unternehmen, das nun vor uns ist, vereinigen möchten.

Lasst uns alle darin verbinden, dass wir dem Pakt den Lebensodem einhauchen, der für die siegreiche Erfüllung seiner herrlichen Vision so wesentlich ist. — Gnade und Friede von Gott, dem Vater, dem Sohn und dem Heiligen Geiste mögen mit uns sein und uns alle lenken, jetzt und immerfort. Amen!

Das Bundeskomitee der Kirchen Christi in Amerika.

Bern. Wir laden die Leser der „Neuen Wege“ zu folgenden Veranstaltungen ein: Mittwoch, 29. Januar, 20 Uhr, im Konferenzsaal der französischen Kirche Aussprache über: „Die dialektische Theologie und der Sozialismus.“ Das einleitende Votum hält Pfarrer Linth-Barth. Dienstag, 18. Februar, 20 Uhr, Konferenzsaal der französischen Kirche, öffentlicher Vortrag von Pfarrer R. v. Greyerz über: „Das Kriegsproblem im Lichte des Evangeliums.“

Der Ausschuss der Gruppe „Neue Wege“ und „Aufbau“.

Basel. Versammlungen. Am Samstag, den 1. Februar, abends 8 Uhr, spricht Pierre Ceresole über „Der internationale Zivildienst und die Friedensaufgabe“. Nähere Angaben demnächst im „Aufbau“.

Zum Geleite.

Ueber Inhalt und Geist des neuen Jahrganges, wie sie mir vorschweben, will ich nach dem, was im Schlussheft des alten steht (das neuen Lesern gern nachgeliefert wird), nichts mehr sagen. Ich möchte bloss Einiges anführen, was unlängst bei Anlass des Jubiläums gesagt worden ist, das der berühmte Herausgeber der englischen Zeitschrift The Observer, Garwin, kürzlich feiern durfte. Der Premierminister Macdonald erklärte von ihm: „Garwin ist einer der trefflichsten aus der grossen Reihe von Redaktoren, welche Männer von unabhängigem Charakter waren, die ihren Zeitschriften ihre Individualität aufprägten, deren Kraft nicht dadurch geschwächt wurde, dass sie alles Sensationelle vermieden, die hart für Grundsätze kämpften und fest zu diesen standen, aber niemals ein allgemeines Interesse zu Gunsten eines Parteivorteils schädigten.“ Garwin selbst äusserte u. a.: „Eine Versammlung wie diese weckt in mir den

Kosten: Das Kursgeld beträgt für Verpflegung und Unterricht insgesamt M. 210.—. In begründeten Fällen wird der Betrag bis zur Hälfte ermässigt. Erwerbslose mögen sich zwecks besonderer Regelung an die Schule wenden. Die Eisenbahn gewährt für direkte Her- und Rückfahrt 50 Prozent Fahrpreiseremässigung.

Der nächste Lehrgang beginnt am 17. August 1930.

Prospekt, genauen Kursplan und alle weiteren Auskünfte durch die Geschäftsstelle des Habertshofes Elm, Kreis Schlüchtern.

Ein Wort an unsere Frauen und Töchter.

Was wähle ich für einen Beruf? So fragen sich heute viele alleinstehende Frauen und Töchter. Und es ist wirklich keine Kleinigkeit, ist doch der Beruf so vielsagend in unserm Leben. Wie glücklich können wir sein, wenn uns unser Beruf befriedigt und zusagt, wie unglücklich, wenn das Gegenteil der Fall ist.

Ein bis jetzt wenig beachteter und in falschem Misskredit stehender Beruf ist derjenige der Pflegerin für Nerven- und Geisteskranke, früher kurzerhand Irrenpflegerin genannt. Es herrscht Mangel an solchem geschultem Personal. Wie die Chirurgie und die Medizin ihre Fortschritte machen, tut es auch die Psychiatrie. Es genügt nicht, dass die Pflegerin den Patienten das Essen reicht, für Reinlichkeit Sorge trägt und dass dem Patienten nichts passiert; heute wird von der psychiatrischen Pflegerin sehr viel verlangt, dazu braucht sie Intelligenz, viel Anpassungsfähigkeit, gute Beobachtungsgabe, Takt, Verschwiegenheit, etwas erzieherisches Talent, ein gewisses Mass von Initiative und vor allem unendlich viel Liebe und Geduld. Der Dienst der Liebe an seelisch Beschwerten ist nicht leicht, aber denen, die ihm Aufopferung und Geduld entgegenbringen, schafft er tiefe Befriedigung und ein reiches Arbeitsfeld.

Der Schweizerische Verband der Pflegerinnen für Nerven- und Gemütskranke sucht Schülerinnen für verschiedene kantonale und private Anstalten der deutschen und der französischen Schweiz. Der Verband bezweckt, ein gutgeschultes Personal in die Anstalten und wo es nottut hin zu stellen und ist deshalb sehr froh um eine grosse Anzahl von Anmeldungen von geeigneten Schülerinnen. Die untenstehenden Schwestern geben Aufschluss über: Eignung, Ausbildungsgelegenheiten, Ausbildungskosten, Examen und Diplom, Arbeitsgelegenheiten und Lohnverhältnisse, Stellenvermittlung für die Mitglieder des Verbandes.

Schriftliche und persönliche Anmeldungen nehmen entgegen:

Schwester Marie Schönholzer, Präsidentin des Verbandes der Pflegerinnen für Nerven- und Gemütskranke, Jupiterstrasse 41, Zürich 7.

Schwester Mathilde Walder, Sekretärin der Stellenvermittlung, Asylstrasse 90, Zürich 7.

Redaktionelle Bemerkungen.

Dieses Heft ist leider wieder grösstenteils aus Beiträgen des Redaktors zusammengesetzt. Die Antwort an Prof. Brunner musste endlich gebracht werden, das Uebrige gehörte ebenfalls her. Aber in den späteren Heften werden Andere mehr in den Mittelpunkt treten.

Die „Personalien“ mussten aus technischen Gründen zurückgestellt werden.

Den Druckfehler in dem Artikel über die Hungersnot in China im letzten Heft, wo es (S. 44, Z. 14 von oben) selbstverständlich „kalt“ (nicht „bald“) heissen muss, wird der Leser wohl von selbst korrigiert haben.